

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 140/2004

Viola Neu

DVU – NPD: Perspektiven und Entwicklungen

Sankt Augustin, November 2004

ISBN 3-937731-37-1

Ansprechpartner: Dr. Viola Neu
Politik und Beratung
Telefon: 0 30/2 69 96-506
E-Mail: viola.neu@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Wichmannstraße 6, 10907 Berlin

Inhaltsverzeichnis

1. Entwicklung rechtsextremer Parteien seit der Wiedervereinigung	3
2. Die Wahlerfolge der NPD in Sachsen und der DVU in Brandenburg	6
3. Mitgliederentwicklung von REP, DVU und NPD	11
4. Gibt es ein rechtes Einstellungspotenzial?	14
5. Was konstruiert (rechts)extremes Denken?	16
6. Wie groß ist das extremistische Einstellungspotenzial?	20
7. Ausblick: Erfolgsaussichten einer Wahlliste von DVU und NPD bei der Bundestagswahl 2006	23
Die Autorin	25

1. Entwicklung rechtsextremer Parteien seit der Wiedervereinigung

Die Wahlerfolge der NPD in Sachsen und der DVU in Brandenburg bei den Landtagswahlen im September haben zu einer erhöhten medialen Aufmerksamkeit geführt. Unabhängig von dem guten Abschneiden der Parteien, scheinen die Bäume jedoch nicht in den Himmel zu wachsen. Erfolge rechtsextremer Parteien, sind immer Anlass für Sorge, dennoch sollten sie auch nicht überinterpretiert werden. In dieser Studie werden die Perspektiven der rechtsextremen Parteien analysiert und ein Beitrag zur Versachlichung der Debatte geleistet.

Sieht man von wenigen Ausnahmen ab, sind die Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien bescheiden. Partielle Wahlerfolge rechtsextremer Parteien haben sich seit den späten 80er Jahren in bestimmten Konstellationen immer wieder ergeben.

Die Republikaner zogen 1992 und 1996 in den Landtag Baden-Württembergs ein; die DVU war 1992 im Landtag in Schleswig-Holstein vertreten, 1991 schaffte die DVU in Bremen den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde (aufgrund ihres Abschneidens in Bremerhaven war sie 1999 mit einem Abgeordneten vertreten ist auch 2003 mit einem Abgeordneten in der Bürgerschaft repräsentiert), 1999 und 2004 zog die DVU in den Landtag in Brandenburg ein, 1998 gelang ihr dies in Sachsen-Anhalt und der NPD ist 2004 in Sachsen der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde gelungen. Damit ist es den rechtsextremen Parteien in 14 Jahren und 68 Wahlen 8 mal gelungen, über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen. Doch sind die Erfolgsaussichten von Parteien, die auf der Protestwelle reiten, als niedrig zu bewerten. Wie schwierig es ist, sich langfristig als Partei zu verankern zeigen der Aufstieg und Fall der Schill- und Statt-Partei.

Aufgrund organisatorischer Schwäche und begrenzter finanzieller Budgets tendieren die rechtsextremen Parteien dazu, bei Wahlen nicht zu kandidieren. Durch dürftige Wahlergebnisse haben sie auch bei der staatlichen Parteienfinanzierung kaum Gelder erhalten.¹

1 Parteien erhalten Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung, wenn sie bei der letzten Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5 Prozent oder bei einer Landtagswahl 1,0 Prozent der für die Listen abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben. Die geplante Änderung, dass sie ab 2005 bei der jeweils letzten Bundestags- oder Europawahl 0,5 Prozent oder bei drei letzten

Die Ausnahmen, wenn es einer der drei rechtsextremen Parteien gelingt, in einen Landtag einzuziehen, bestätigen jedoch die Regel, dass diese Parteien nicht auf ein fest verankertes Wählerpotenzial bauen können. Nur in Baden-Württemberg und Brandenburg ist es zwei rechtsextremen Parteien zweimal in Folge gelungen, über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen. Der rasche zum Teil auch von der Wahlforschung nicht prognostizierte Aufschwung dieser Parteien und der ebenso schnelle Fall verdeutlichen, wie flüchtig das Wählerpotenzial ist. Daher erscheint es unwahrscheinlich, dass es einer oder mehreren rechtsextremen Partei heute gelingen könnte, sich dauerhaft zu etablieren.

Wahlerfolge rechtsextremer Parteien sind trotz der Ergebnisse in Sachsen und Brandenburg kein reines Ostphänomen. Seit 1990 konnten die Parteien sowohl im Osten als auch im Westen gelegentliche Wahlerfolge verzeichnen. 2004 bildete Sachsen eine Hochburg. Bei der Europawahl schnitten REP (3,4 Prozent) und NPD (3,3 Prozent) in Sachsen bundesweit am besten ab. Dennoch gibt es auch 2004 wenig Anhaltspunkte, dass die neuen Länder insgesamt deutlich stärker zur Wahl rechtsextremer Parteien neigen als die alten. Bei der Europawahl am 13. Juni 2004 kandidierten die REP und die NPD, die DVU trat nicht zur Wahl an. Die REP erhielten in den alten Ländern 1,8 Prozent und in den neuen Ländern 2,2 Prozent. Die NPD kam in den alten Ländern auf 0,6 und in den neuen Ländern auf 2,2 Prozent. Damit haben die rechtsextremen Parteien in den neuen Ländern mit 4,4 Prozent um zwei Prozentpunkte besser abgeschnitten als in den alten Ländern (2,4 Prozent). Bei der gleichzeitig mit der Europawahl stattfindenden Landtagswahl in Thüringen erzielten die NPD 1,6 Prozent und die REP auf 2,0 Prozent. Bei der Landtagswahl vom 5. September im Saarland erreichte die NPD 4,0 Prozent.

Wenn man die Ergebnisse aller drei rechtsextremen Parteien für eine Wahl addiert, wird die These widerlegt, dass Listenverbindungen den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde ermöglicht hätten. Von einem fundierten rechtsextremen Wählerpotenzial das jeweils von einer der drei Parteien oder von allen gemeinsam mobilisierbar ist, kann nicht gesprochen werden.

Landtagswahlen 1,0 Prozent oder bei einer Wahl 5 Prozent der Listenstimmen erreicht haben müssen, um Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung zu erhalten, ist nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26.10.2004 verfassungswidrig.

Wahlergebnisse der REP, DVU und NPD seit 1990

	REP	DVU	NPD
Bundestagswahl 2002	0,6		0,4
Bundestagswahl 1998	1,8	1,2	0,3
Bundestagswahl 1994	1,9		
Bundestagswahl 1990	2,1		0,3
Europawahl 1994	3,9		0,2
Europawahl 1999	1,7		0,4
Europawahl 2004	1,9		0,9
Landtagswahlen			
Schleswig-Holstein			
1992	1,2	6,3	
1996		4,3	
2000			1,0
Hamburg			
1991	1,2		
1993	4,8	2,8	
1997	1,8	4,9	0,1
2001	0,1	0,7	
2004			0,4
Niedersachsen			
1990	1,5		0,2
1994	3,7		0,2
1998	2,8		
2003	0,4		
Bremen			
1991	1,5	6,2	
1995	0,3	2,5	0,1
1999		3,0	0,3
2003		2,3	
Nordrhein-Westfalen			
1990	1,8		0,0
1995	0,8		
2000	1,1		0,0
Hessen			
1991	1,7		
1995	2,0		0,3
1999	2,7		0,2
2003	1,3		
Rheinland-Pfalz			
1991	2,0		
1996	3,5		0,4
2001	2,4		0,5
Baden-Württemberg			
1992	10,9		0,9
1996	9,1		
2001	4,4		0,2
Bayern			
1990	4,9		
1994	3,9		0,1
1998	3,6		0,2
2003	2,2		
Saarland			
1990	3,4		0,2
1994	1,4		
1999	1,3		
2004			4,0
Berlin			
1990	3,1		
1995	2,7		
1999	2,7		0,8
2001	1,3		0,9
Brandenburg			
1990	1,1		0,1
1994	1,1		
1999		5,3	0,7
2004		6,1	
Mecklenburg-Vorpommern			
1990	0,9		0,2
1994	1,0		0,1
1998	0,5	2,9	1,1
2002	0,3		0,8
Sachsen			
1990			0,7
1994	1,3		
1999	1,5		1,4
2004			9,2
Sachsen-Anhalt			
1990	0,6		0,1
1994	1,4		
1998	0,7	12,9	
2002			

Thüringen			
1990	0,8		0,2
1994	1,3		
1999	0,8	3,1	0,2
2004	2,0		1,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; Keine Eintragung: Partei ist nicht zur Wahl angetreten.

2. Die Wahlerfolge der NPD in Sachsen und der DVU in Brandenburg

Die einzelnen Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien lassen sich regelmäßig durch vergleichbare Situationen erklären. Immer wieder zeigte sich, dass eine Melange von politischen Problemen und sozialen Spannungen die Erfolge begleiteten. Dabei sind die Themen auswechselbar, wenn auch nicht beliebig. Die langjährige Diskussion über die Regelungen für Asylsuchende gingen einher mit Vertrauensverlusten gegenüber den Volksparteien. Dies war die Basis für die Erfolge der REP in den 90er Jahren. Bei den Wahlen 2004 waren es Arbeitslosigkeit – symbolisiert durch die Debatte um Hartz IV – und Vertrauensverlust gegenüber allen Parteien verbunden mit Unzufriedenheit mit der Bundesregierung, die zur Protestwahl motivierten. Elitenkritik, das Schüren von Ressentiments sowie konkrete politische Problemlagen gekoppelt mit Ängsten und Sorgen, dass der eigene Status bedroht sein könnte oder auch tatsächlich ist und allgemeine Zukunfts- und Fortschrittsängste, waren auch bei früheren Wahlen der Nährboden der rechtsextremen Erfolge. Nichts deutet darauf hin, dass sich dahinter ein wie auch immer geartetes rechtsextremes Einstellungssyndrom verbirgt. Die rechtsextremen Parteien werden nicht wegen ihrer rechtsextremen Propaganda sondern trotz dieser Agitation gewählt. Die Wähler versprechen sich von diesen Parteien keine Problemlösung, sondern nur den Effekt, auf ihre Probleme aufmerksam zu machen.

Die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien konnten auch in der Vergangenheit mit Protest- und Denkmittelwahl erklärt werden. Zwar gibt es in der Bundesrepublik – wie in anderen Demokratien auch – Wähler mit rechtsextremen (natürlich auch linksextremen) Weltbildern. Die Größenordnungen dieser Einstellungspotenziale sind gering. Doch finden einzelne Aussagen, die auch in der Agitation rechtsextremer Parteien zu finden sind, in der Bevölkerung Zustimmung. Politischer Protest, Populismus, Antietatismus, Modernisierungsängste und Elitenkritik sind in der Bevölkerung immer vorhanden. Um in der Wahl einer extremistischen Partei zu

münden, bedarf es allerdings eines „Momentums“, einer Bündelung und Konzentration anhand eines Themas. Aus der Zustimmung zu einzelnen Aussagen darf aber nicht die Schlussfolgerung auf rechtsextreme Einstellungen gezogen werden.

Die politische Stimmung im Bund weist seit geraumer Zeit Merkmale von Unzufriedenheit und Kritik auf. Typische Zeichen dieser Stimmung sind der Rückgang der Wahlbeteiligung und das Anwachsen der sonstigen und vor allem der Protestparteien im Wahljahr 2004.² In einer im August 2004 vom Institut für Demoskopie Allensbach veröffentlichten Umfrage wird der Vertrauensverlust gegenüber den Parteien und des Wirtschaftssystems dokumentiert. Hatten 1990 noch etwa drei Viertel der Ostdeutschen eine gute Meinung vom Wirtschaftssystem lag dieser Wert im August 2004 bei 18 Prozent (leider findet sich kein Hinweis auf die Einstellungen der Westdeutschen, doch dürfte auch hier ein Vertrauensverlust zu finden sein, wenn auch nicht in vergleichbarem Ausmaß). 40 Prozent der Deutschen sind der Ansicht, dass keine Partei die Anliegen und Sorgen der Bevölkerung versteht und 54 Prozent sind der Ansicht, es würde keinen Unterschied machen, welche Partei man wählt, da sich an der Politik nichts ändere.

Die Debatte um Hartz IV katalysierte diffuse Ängste, Sorgen und Unzufriedenheiten in konkreten Sozialprotest, der sich im Wahlverhalten einer Denkmittelwahl niederschlägt. In Brandenburg wie in Sachsen haben die Regierungsparteien Einbußen hinnehmen müssen. In Brandenburg haben beide Koalitionspartner der großen Koalition zusammen (- 14,5 Punkte) etwa soviel verloren wie die CDU in Sachsen (- 15,8 Punkte). Dies deutet darauf hin, dass konkrete Unzufriedenheit mit der Politik der Bundesregierung und latenten Verdrossenheiten über die politische und wirtschaftliche Gesamtentwicklung sich Bahn brachen. Wurden bisher in erster Linie Nebenwahlen, wie die Europawahl, zur Artikulation von Protest genutzt, erfüllten diesmal auch die Landtagswahlen die Protestfunktion, die sich in der Wahl der rechtsextremen und sonstigen Parteien ausdrückte. Denn nicht nur in Sachsen und Brandenburg wurde Protest sichtbar. Bei der Landtagswahl im Saarland entschieden sich 10,9 Prozent der Wähler für eine der kleinen Parteien (darunter 4,0

² Vgl. Viola Neu, Wahlanalysen zu der Europawahl und den Landtagswahlen im Saarland, in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, <http://wahlen.kas.de>

Prozent für die NPD, 3,0 Prozent für die Familienpartei und 2,3 Prozent für die PDS). Bei der Europawahl entfielen auf die kleinen sonstigen Parteien 9,9 Prozent und die PDS erhielt 6,1 Prozent der Stimmen.

In den Wahlergebnissen spiegelt sich auch die mittlerweile geradezu sprichwörtliche Unberechenbarkeit und Mobilität der Wähler wider. In Sachsen konnte selbst eine erfolgreiche Regierungsbilanz nicht vor Abstrafung schützen. Tiefgehende Verunsicherungen und Unzufriedenheiten korrespondieren daher nicht zwangsläufig mit einer konkreten Situation in einem Bundesland. Bleibt man bei dem Beispiel Sachsen, so zeigt sich eine ausgesprochen diffuse Grundstimmung. Zum einen wurde selten bei einer Landtagswahl so geringes Interesse registriert. Nur 45 Prozent der Sachsen interessierten sich für die Landtagswahl. Zum anderen zeigten sich auch weit verbreitete Unsicherheiten und Zweifel an der Gestaltungskraft aller Parteien. 36 Prozent der Sachsen trauten keiner Partei mehr zu, die längerfristigen Probleme zu lösen. Auch in den konkreten Sachfragen sahen zwischen einem Viertel und einem Drittel der Befragten bei keiner Partei überzeugende Lösungsansätze. Trotz der Kompetenzzuschreibung der CDU in verschiedenen Politikfeldern gab es auch verbreitete Kritik. Vor allem das alles dominierende Problem der Arbeitslosigkeit sowie die Frage der sozialen Gerechtigkeit führten zu Unzufriedenheit mit der Landesregierung. 84 Prozent der Befragten waren mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und 68 Prozent mit der Herstellung sozialer Gerechtigkeit unzufrieden.³

Vergleicht man die Wahlmotive der Wähler, die sich in Sachsen für die NPD und in Brandenburg für die DVU entschieden haben, zeigen sich große Ähnlichkeiten. Beide Wählerschaften sind sich in der Kritik an den Reformen der Bundesregierung einig. 83 Prozent der DVU-Wähler und 84 Prozent der NPD-Anhänger lehnen die Reformen ab (Bevölkerungsdurchschnitt 59 Prozent). Sie fühlen sich gesellschaftlich benachteiligt. So haben 60 Prozent der DVU-Wähler der Aussage zugestimmt: „Ich habe weniger als mir gerechterweise zusteht“. Bei den NPD-Anhängern beträgt der Anteil 54 Prozent und 39 Prozent der Brandenburger und 37 Prozent der Sachsen stimmen der Aussage insgesamt zu. Dies macht deutlich, dass sich die Wähler beider Parteien zwar besonders stark benachteiligt fühlen, dies jedoch auf eine weit

³ Alle Angaben: Infratest dimap, SachsenTrend, September 2004

verbreitete Grundstimmung der Wähler in beiden Ländern stößt, die wahrscheinlich auch in den anderen ostdeutschen Ländern vorhanden ist.⁴ Wenn sowohl in Brandenburg als auch in Sachsen bei den Wählern der DVU und der NPD das Thema „Ausländerpolitik“ einen hohen Stellenwert einnimmt, dann sind damit auch Ängste um Arbeitsplätze verbunden. Vor dem Hintergrund, dass die NPD besonders gut in der Grenzregion zu Polen und Tschechien abschnitt, könnte die hohe Betonung der Ausländerpolitik auf spezifische Sorgen und Ängste im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung interpretiert werden. Tatsächliche Statusverluste oder die Bedrohung eines Statusverlustes prägten in der Vergangenheit diese Gruppe. Dies korrespondiert mit der Wahltagsbefragung von Infratest dimap, bei der 57 Prozent der NPD-Wähler die Arbeitsmarktpolitik (Hartz IV) als wahlentscheidendes Motiv angaben. 38 Prozent nannten die Ausländerpolitik.⁵ In diesen beiden Bereichen unterschieden sich die NPD-Wähler deutlich von den Anhängerschaften anderer Parteien.

Die sozialstrukturelle Zusammensetzung der NPD-Wähler in Sachsen weicht von früheren Befunden leicht ab. Zwar mobilisiert sie stark bei den jüngsten Wählergruppen, aber auch die mittleren Altersgruppen sind stark vertreten. Dies gilt insbesondere für Männer. In der Altersgruppe der 18-24jährigen Männer stimmen 25 Prozent der Wähler für die Rechtsextremen, in der Altersgruppe der 25-34jährigen Männer sind es 19 Prozent und in der Altersgruppe der 35-44jährigen Männer 16 Prozent. Den stärksten Zustrom erhält sie von Wählern mit mittlerer Bildung (+ 13 Punkte). 17 Prozent der Arbeiter (+14 Punkte) und 16 Prozent der Arbeitslosen (+15 Punkte) votieren für die NPD.

Die Wählerschaft der DVU in Brandenburg ist männlich und jung. Bei den jungen Männern unter 24 Jahren erreicht sie 19 Prozent; in der Altersgruppe 25-34 Jahre sind es 15 Prozent. Überdurchschnittlichen Zuwachs hat sie bei 18-24jährigen Männern und 25-34jährigen Frauen erfahren (+ 5 Punkte). Die Zuwächse der DVU in den unterschiedlichen sozialstrukturellen Gruppen sind gleichförmig. Lediglich bei den Arbeitslosen ist sie um 6 Punkte angestiegen und wird von insgesamt 15 Prozent

⁴ Forschungsgruppe Wahlen, Landtagswahl in Brandenburg, 19. September 2004

⁵ Infratest dimap, Landtagswahl in Sachsen am 19. September 2004 – Bericht von Infratest dimap für die ARD

der Arbeitslosen unterstützt. Ihre Wähler haben mittlere bis niedrige Bildungsabschlüsse und sind überdurchschnittlich häufig Arbeiter.

Die NPD fand im Saarland vor allem Zuspruch bei jungen Männern. 14 Prozent der Altersgruppe der 18-24jährigen und 10 Prozent in der Altersgruppe der 25-34jährigen Männer stimmten für die NPD. 6 Prozent der Wähler mit niedriger Bildung wählten die NPD, 10 Prozent der Arbeiter und 9 Prozent der Arbeitslosen. 8 Prozent der konfessionslosen Wähler entschieden sich für die NPD.

Auch bei dieser Wahl haben die rechtsextremen Parteien nicht von ihrer Ideologie profitiert. Sie konnten ein unideologisches Protestpotenzial mobilisieren. Das Wählerpotenzial ist vergleichbar mit den Wählern, die bei allen anderen Wahlerfolgen rechtsextremer oder populistischer Parteien Parteistandten. Zum einen Nichtwähler, zum anderen Wähler der Volksparteien. In Sachsen mobilisierte die NPD 65.000 ehemalige Nichtwähler. 39.000 Stimmen kamen von der CDU, die aufgrund ihrer Vormachtstellung im Parteiensystem auch das größte Wählerreservoir stellen konnte. Von der PDS wechselten 10.000 Wähler zur NPD. 3.000 Stimmen kamen von der SPD und 1.000 Wähler von der FDP. Die DVU gewann in Brandenburg 5.000 ehemalige Nichtwähler und 5.000 Wähler der CDU. Sie musste jedoch auch Wähler abgeben. An die sonstigen Parteien verlor sie 4.000 Stimmen, zur SPD gingen 3.000 Wähler und 2.000 entschieden sich für die PDS. Aufgrund der jungen Alterstruktur hat sie aus dem Erstwählerlager 11.000 Stimmen zusätzlich erhalten. Bei der Wahl im Saarland, bei der die NPD auf 4 Prozent kam, mobilisierte sie überwiegend ehemalige SPD-Wähler.

Bislang ist es in den neuen Ländern der PDS gelungen, den Sozialprotest zu bündeln. Jetzt ist ihr durch ihre politischen Antipoden Konkurrenz in ihrem ursprünglichen Mobilisierungsfeld entstanden.

Die Erfolge der rechtsextremen Parteien haben die gleiche Basis. Konkrete Unzufriedenheit und latente Verdrossenheit mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung kristallisieren sich an einem Thema und mobilisieren die Wähler. Die Sozialstruktur der Wähler macht zudem deutlich, dass es sich um ein „Underdog“-Phänomen handelt. Die Wähler fühlen sich nicht nur bedroht, sie gehören bereits

sozial schwachen Schichten an, was sich an dem hohen Anteil niedrig gebildeter und arbeitsloser Wähler ablesen lässt.

3. Mitgliederentwicklung von REP, DVU und NPD

Die Mitgliederentwicklung von REP, DVU und NPD ist kontinuierlich negativ. Diese Entwicklung spricht gegen eine dauerhafte Etablierung dieser Parteien. Lediglich die REP und die NPD verfügen über organisatorische Strukturen. Die DVU war und ist eine Phantompartei. Ihre Mitglieder haben gegen den zentralistischen und autoritären Führungsstil von Gerhard Frey keine Möglichkeit, sich zu organisieren. Fraglich ist sowieso, ob es sich vornehmlich um Mitglieder einer Partei oder um Leser der National-Zeitung handelt.

Mitgliederentwicklung der NPD 1965-2003

Jahr	Mitglieder
1965	13.700
1966	25.000
1967	28.000
1968	27.000
1969	28.000
1970	21.000
1971	18.300
1972	14.500
1973	12.000
1974	11.500
1975	10.800
1976	9.700
1977	9.000
1978	8.500
1979	8.000
1980	7.200
1981	6.500
1982	6.000
1983	6.000
1984	6.100
1985	6.100
1986	6.100
1987	6.200
1988	6.400
1989	7.000
1990	6.500
1991	6.100
1992	5.000
1993	5.000
1994	4.500
1995	4.000
1996	3.500
1997	4.300
1998	6.000
1999	6.000
2000	6.500
2001	6.500
2002	6.100
2003	ca. 5.000
2004	noch keine Angaben

Quelle: 2000-2003: Verfassungsschutzberichte des Bundes

Quelle: bis 1999: Steffen Kailitz: Aktuelle Entwicklungen im deutschen Rechtsextremismus, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Zukunftsforum Politik, Sankt Augustin, November 2000; S. 9, 13 (PDF-Version)

Mitgliederentwicklung der DVU 1987-2004

Jahr	Mitglieder
1987	14.500
1988	18.500
1989	25.000
1990	22.000
1991	24.000
1992	26.000
1993	26.000
1994	20.000
1995	15.000
1996	15.000
1997	15.000
1998	18.000
1999	17.000
2000	17.000
2001	15.000
2002	13.000
2003	11.500
2004	noch keine Angaben

Quelle: 2000-2003: Verfassungsschutzberichte des Bundes

Quelle: bis 1999: Steffen Kailitz: Aktuelle Entwicklungen im deutschen Rechtsextremismus, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Zukunftsforum Politik, Sankt Augustin, November 2000; S. 18 (PDF-Version)

Mitgliederentwicklung der REP 1983-2003

Jahr	Mitglieder
1983	150
1984	k.A.
1985	2.500
1986	4.000
1987	5.000
1988	8.000
1989	25.000
1990	20.100
1991	16.800
1992	19.900
1993	23.000
1994	20.000
1995	16.000
1996	15.000
1997	15.500
1998	15.500
1999	14.000
2000	13.000
2001	11.500
2002	9.000
2003	ca. 8.000
2004	noch keine Angaben

Quelle: 2000-2003: Verfassungsschutzberichte des Bundes

Quelle: bis 1999: Steffen Kailitz: Aktuelle Entwicklungen im deutschen Rechtsextremismus, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Zukunftsforum Politik, Sankt Augustin, November 2000; S. 20 (PDF-Version)

4. Gibt es ein rechtsextremes Einstellungspotenzial?

In der aktuellen Diskussion kursieren in der Presse Meldungen, die von einem rechtsextremen Einstellungspotenzial von 15 Prozent sprechen.⁶ Dabei liege das Potenzial im Westen bei ca. 11-12 Prozent, im Osten bei ca. 18-19 Prozent. Diese Angaben beziehen sich auf Studien, die von Richard Stöss durchgeführt wurden.⁷ Grundlage ist eine Skala, die aus sechs Items gebildet wird:

- „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen (Autoritarismus).
- Deutschland sollte wieder eine führende Rolle in der Welt übernehmen (Nationalismus).

⁶ u.a. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. September 2004 „Überraschung, Debatte, Ruhe“.

⁷ Richard Stöss, Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2001, Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums, Nr. 4, Berlin, 2001, S. 24. Richard Stöss ist außerplanmäßiger Professor und Geschäftsführer des Otto-Stammer-Zentrums der FU Berlin.

- Ausländer sollten so schnell wie möglich Deutschland verlassen (ethnisch motivierte Fremdenfeindlichkeit).
- Bei der Einstellung von Arbeitskräften sollten Deutsche grundsätzlich Ausländern vorgezogen werden (sozioökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit).
- Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen (Pronazismus).
- Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns (Antisemitismus).“⁸

Diese Skala ist inhaltlich zu kritisieren. Gehorsam und Disziplin sind Werte die klassischerweise dem Konservativismus zugeordnet werden. Dass Deutschland eine führende Rolle in der Welt einnimmt, ist nicht strittig (s. die Debatte um einen Sitz im Sicherheitsrat der UNO). Die Ausländerpolitik differenziert nach unterschiedlichen Gruppen und strebt z.T. eine Rückkehr an. Die Bevorzugung einheimischer Arbeitskräfte wird in vielen demokratischen Ländern praktiziert (Kanada; USA). Lediglich die beiden letzten Aussagen könnten nationalsozialistischem Gedankengut zugeordnet werden. Wenn also Befragte, die auf diesen Items hohe Zustimmungen haben, dem Rechtsextremismuspotenzial zugeordnet werden, ist dies äußerst problematisch. Zudem ist nicht dokumentiert, wie viele Befragte wie stark den einzelnen Aussagen zustimmen, so dass eine Nachvollziehbarkeit nicht gegeben ist. Wäre eine Dokumentation der Verteilung der unterschiedlichen Items erfolgt, könnte man nachvollziehen, wie groß die Potenziale tatsächlich sind.

Doch nicht nur inhaltlich ist diese Potenzialsmessung zu kritisieren. Sie weist erhebliche methodische Probleme auf. Konstruiert man anhand von Items Einstellungsdimensionen, die die Verbreitung extremistischer Einstellungen messen sollen, entsteht bei Intervallskalierungen die Frage der Grenzziehung. Dies lässt sich anhand einer anderen Untersuchung illustrieren.⁹ Je nachdem, ob auf einer von 1 bis 7 reichenden Skala¹⁰ (Zustimmung/Ablehnung) nur die ersten zwei oder die

8 Stöss, 2001, S. 21 f.

9 Richard Stöss/Oskar Niedermayer: Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien im Frühsommer 1998, Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums, Nr. 1, Berlin, 1998.

10 Besser wäre es, die Items den Befragten mit der Möglichkeit die Zustimmung und Ablehnung mit positiven und negativen Antwortvorgaben vorzulegen. Dies wäre gegeben wenn bspw. eine Skala von +3 bis -3 mit einem neutralen Nullpunkt den Befragten vorgelegt würde. Die Skala von 1-7

ersten drei Skalenpunkte in die Analyse miteinbezogen werden, ist die Größe des Rechtsextremismuspotenzials 13 oder 2 Prozent.¹¹ Dies bedeutet, wenn die Gruppe anders gebildet wird (nur ein Skalenpunkt wird mehr oder weniger in die Analyse mit einbezogen), variieren die Potenziale erheblich. Welche Grenze bei der Messung von Einstellungen gezogen wird, unterliegt dabei der Freiheit des Wissenschaftlers.

Da es in der Extremismusforschung bislang keine allgemein akzeptierte Skala gibt, mit der sich Rechts- und/oder Linksextremismus valide messen lässt, variieren die Ergebnisse auch durch die unterschiedlichen Fragestellungen. Die Bestimmung der Größe von Extremismuspotenzialen wird somit nicht nur durch die Auswahl und Formulierung der Fragen, sondern auch von der Festlegung des *cutting point* entscheidend bestimmt.

5. Was konstruiert (rechts)extremes Denken?

Insgesamt ist der Forschungsstand über die Größe extremistischer Potenziale als unbefriedigend zu bezeichnen. Aktuelle Potenzial- und Einstellungsstudien sind Mangelware. Zudem gibt es bislang keinen Konsens, mit welchen Inhalten man Rechtsextremismus und Linksextremismus definiert. Daher sind die Ergebnisse eher beliebig.

Diese Erkenntnis führte dazu, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung in den 90er Jahren in Umfragen versuchte, Extremismusskalen zu entwickeln. Dabei ging die Konrad-Adenauer-Stiftung davon aus, dass Extremismus durch gemeinsame Strukturmerkmale zu definieren ist.¹² Mit der Konstruktion struktureller

hat nur einen rechnerischen Nullpunkt und keine für die Befragten inhaltlich zu erkennenden neutrale Position.

11 INTER/ESSE, 8/1998, S. 1.

12 Grundlage ist die theoretische Arbeit von Uwe Backes, der den Extremismusbegriff durch eine politikwissenschaftliche *definitio ex positivo* definiert. Er unternimmt damit den Versuch, extremistische Doktrinen auf ihre strukturellen Gemeinsamkeiten hin zu untersuchen. Die Definition umfasst keine inhaltliche, sondern eine strukturelle Gleichsetzung von Rechts- oder Linksextremismus. Als strukturelle Gemeinsamkeit aller Extremismen arbeitet er den Anspruch auf „den Besitz eines ‚Wahrheits‘-Codes heraus, mit dem sie die Welträtsel (vermeintlich) dechiffrieren können. Diese ‚Wahrheiten‘ gelten als mit den Gesetzen des Seins im Einklang stehend, erfordern jedoch eine ‚höhere Einsicht‘, die sich nicht jedermann in gleicher Weise offenbart. Sie entfalten einen Ordenscharakter. Die auf Absolutheitsansprüchen gegründeten extremistischen Doktrinen entziehen sich auf diese Weise jeder Verifikation“. Der axiomatische

Gemeinsamkeiten wird der Versuch unternommen, anhand einer festen Definition von Extremismus die relevanten Einstellungsdimensionen heraus zu kristallisieren, um nicht immer wieder willkürliche Item-Batterien zu erzeugen. Zudem soll mit dem Konzept klar zwischen Extremismus und Populismus unterschieden werden.

Bei der Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung gliederte sich der Extremismus in 7 unterschiedliche Dimensionen, wobei Rechts- und Linksextremismus jeweils eine eigene Dimension bilden und fünf weitere Dimensionen für extremistisches Denken typisch sind.

Auf dem eigenständigen rechtsextremen Faktor finden sich die für rechtsextreme Neigungen bekannten Elemente. Er besteht aus übersteigertem Nationalismus, Xenophobie und Autoritarismus. Völkervermischung soll unterbunden werden und Deutsche sollen in Deutschland wieder das Sagen haben. Fremdenfeindlichkeit richtet sich gegen Ausländer und Asylanten. Der übersteigerte Nationalismus spiegelt sich in der Aussage wider, dass die Deutschen anderen Völkern überlegen seien. Autoritarismus und Antipluralismus zeigt sich in der Zustimmung zu der Aussage, dass es wieder jemanden geben müsse, der sagt, wo es in der Politik langgeht.

Eine klar abgegrenzte Dimension bildet der Sozialismus. DDR-Nostalgie ist dimensional nicht von einer aktuellen Zustimmung zum Sozialismus zu trennen. DDR-Nostalgie ist nicht nur Sehnsucht nach der „guten alten Zeit“, sondern geht einher mit der konkreten Ablehnung von Demokratie und der Utopie einer besseren Staatsform. Auch wenn dies nicht wörtlich abgefragt wurde, dürfte dies schon weitgehend dem Ideal der untergegangenen sozialistischen Staatsformen entsprechen. Die Geschlossenheit dieses Syndroms zeigt sich auch am Dogmatismus, der sich darin ausdrückt, dass einzig dem Sozialismus die Lösung aller Probleme zugeschrieben wird. Der sozialistische Faktor unterscheidet sich somit von dem rechtsextremen Faktor durch Dogmatismus und der konkreten Ablehnung der Demokratie.

Charakter erschwert die Wahrnehmung der Wirklichkeit. Der vermeintliche Besitz einer absoluten Wahrheit richtet sich gegen jeden Pluralismus. Hinzu kommen Elemente von Freund-Feind-Bildern und Verschwörungstheorien. Der Fanatismus und Aktivismus der Anhänger gehören zum „missionarischen“ Eifer. Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen, 1989, S. 328.

Eine dritte Dimension setzt sich aus populistischer Elitenkritik und unterschiedlichsten verschwörungstheoretischen Elementen zusammen. Die in die *Item*-Batterie eingeführte Dimension der Freund/Feind-Stereotype (Kapitalismus richtet die Welt zugrunde, Ausländer und Asylanten sind der Ruin Deutschlands) zerfällt in zwei Bereiche. Die monokausale Schuldzuschreibung des Kapitalismus zählt zu den Verschwörungstheorien, die xenophobe Schuldzuweisung lädt auf dem Faktor des Rechtsextremismus.

Die vierte Ebene bilden Fanatismus/Aktivismus und Radikalität. Radikales, gewaltbereites Handeln geht einher mit Kompromisslosigkeit und der Anwendung des Recht des Stärkeren. Ideologischer Dogmatismus, der plurale Meinungsbildungsprozesse negiert, verbindet sich mit der Idee, die Durchsetzung des „Richtigen“ mit Gewalt zu erreichen.

Der fünfte Faktor spiegelt eine Distanz zur Gesellschaft wider. Die Sorge, individuell auf die Verliererseite des Lebens zu geraten, ist gekoppelt mit Wertepessimismus. Gemessen wurde sowohl die Ablehnung des *American way of life* als auch die „Verwahrlosung durch Luxus“, was in Verbindung mit der Klage, dass es keine Ideale mehr in der Gesellschaft gebe, als Zeichen von Entfremdung interpretiert werden kann. Das Gefühl des Werteverfalls aufgrund der Dekadenz steht (wie auch die Nebenladung verdeutlicht) eng im Zusammenhang mit der Angst, Verlierer der Modernisierung zu werden.

Im sechsten Faktor drückt sich politische Entfremdung aus. Das Gefühl, dass man nicht mehr Schritt halten könne und Politik zu kompliziert sei, verbindet sich mit der Resignation über die Möglichkeiten politischen Engagements. Das Gefühl, nicht mehr Schritt halten zu können, hat eine Verbindung zu dem Faktor „Wertepessimismus“ und der Sorge, auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.

Der letzte Faktor repräsentiert den Wunsch nach einer idealen Gesellschaft (Utopismus/Chiliasmus).

Extremistische Einstellungsstruktur¹³

Faktor 1: Rechtsextremer Autoritarismus

Wir sollten darauf achten, dass wir das Deutsche reinhalten und Völkervermischung unterbinden.	0,717
Ich wünsche mir ein Deutschland, in dem das deutsche Volk endlich wieder das Sagen hat.	0,687
Ausländer und Asylanten sind der Ruin Deutschlands.	0,639
Die Deutschen sind anderen Völkern überlegen.	0,616
Es muss wieder jemanden geben, der sagt, wo es in der Politik langgeht.	0,529

Faktor 2: Linksextreme Anti-Demokratie

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.	0,796
Im kapitalistischen System der Bundesrepublik fehlt die Geborgenheit und Solidarität der DDR.	0,782
Die entscheidenden Schlüsselzweige der Wirtschaft müssen verstaatlicht werden.	0,627
Nur mit dem Sozialismus lassen sich alle Probleme lösen.	0,533
In der Demokratie geht vieles nicht so, wie man es sich wünscht, aber es gibt keine bessere Staatsform.	-0,420

Faktor 3: Elitenkritik/Verschwörungstheorie

„Die da oben“ machen doch nur, was sie wollen.	0,734
Politik wird heute auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen.	0,722
Die Medien sind manipuliert und dienen nur zur Volksverdummung.	0,539
Der Kapitalismus richtet die Welt zugrunde.	0,376 ¹⁾
Die meisten Menschen haben keine Ahnung, wie stark ihr Leben von geheimen Abmachungen und Plänen kontrolliert wird.	0,342

Faktor 4: Radikalismus/Aktivismus

In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.	0,652
Wer nicht radikal handelt, kann die wahren Ideale in der Politik nicht verwirklichen.	0,638
Nur wenn das Recht des Stärkeren auch in der Politik angewandt wird, lassen sich die Probleme der Menschheit lösen.	0,608
In der Politik gibt es nur wahr und falsch. Deshalb darf man keine Kompromisse machen.	0,527

Faktor 5: Wertepessimismus

Durch den zunehmenden Luxus verwahrlast unsere Gesellschaft.	0,783
Es ist schlimm, dass sich amerikanische Lebensformen und Einstellungen bei uns immer mehr ausbreiten.	0,745
In unserer heutigen Gesellschaft gibt es keine Ideale mehr, an denen man sich orientieren kann.	0,471
Es macht mir Sorgen, dass ich durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens gerate.	0,338

Faktor 6: Politische Entfremdung

Politik ist so kompliziert geworden, dass man als Bürger oft gar nicht richtig versteht, worum es geht.	0,784
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	0,604
Heute verändert sich alles so schnell, dass man kaum noch Schritt halten kann.	0,603

Faktor 7: Utopismus

Wir müssen eine Welt schaffen, in der alle Menschen nach einem gemeinsamen Ideal zusammenleben.	0,801
Ich wünsche mir, dass die Menschen in Zukunft in der klassenlosen Gesellschaft leben können.	0,762

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 9702.

Generell muss zwischen extremistischem und populistischem Denken unterschieden werden. Politischer Protest und Populismus auf der einen Seite und extremistische Einstellungen auf der anderen Seite markieren zwei voneinander zu trennende Einstellungsdimensionen. Politischer Protest manifestiert sich üblicherweise am politischen System und seinen Repräsentanten. Diese Ebene entfällt beim Extremismus fast gänzlich. Die weit verbreitete Kritik an Parteien, Politikern und dem Staat spielt keine Rolle. Ebenfalls ohne eigenständige Erklärungskraft erweist sich

13 Mit der Faktorenanalyse kann nicht der absolute, sondern nur der relative Wert zur Gesamtstichprobe erfasst werden. Es ist nicht feststellbar, ob ein Befragter eine sehr starke, mäßige oder schwache Einstellung auf einem Faktor aufweist. Man kann nur noch Aussagen treffen, welche Position ein Wert relativ zur Gesamtstichprobe einnimmt. Der Analysefokus verändert sich jetzt. Es stehen nicht mehr die Wählergruppen im Vordergrund. Mittels der

der Wohlstandschauvinismus, außer er enthält eine ethnozentrische oder nationalistische Komponente. Aus dem Bereich des Populismus findet sich nur die Elitenkritik im Extremismus wieder.

6. Wie groß ist das extremistische Einstellungspotenzial?

Nach den Ergebnissen¹⁴ aus dieser Vorgehensweise, liegt das Einstellungspotenzial, das ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild aufweist bei 0,7 Prozent der Bevölkerung. Weitere 8,9 Prozent haben darüber hinaus latente rechtsextreme Einstellungen.¹⁵

<i>Zustimmung zur Extremismusskala (in Prozent)</i>			
	Extremismus	Rechtsextremismus	Linksextremismus
bis 28 (bis 23)	0	0	0
bis 56 (bis 46)	1,6	1,3	1,6
bis 84 (bis 69)	13,4	10,9	13,5
bis 112 (bis 92)	26,9	26,2	28,0
bis 140 (bis 115)	22,1	26,2	22,4
bis 168 (bis 138)	5,4	8,9	5,6
bis 196 (bis 161)	0,2	0,7	0,2
keine Antwort	30,6	25,7	28,7

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 9702; Extremismus: Zustimmung zur Gesamtskala in 28er Schritten; Ausschluss Rechts- Linksextremismus: Zustimmung in 23er Schritten; Angaben in Klammern proportional (Ost-West) soziogewichtet.

Die Skala, in der nur rechtsextreme Werte abgefragt wurden findet größere Resonanz. Die Anzahl derjenigen, die kritikfrei und uneingeschränkt den *Items*

Faktorenanalyse soll herausgefunden werden, ob und welche Hintergrundvariablen (= Faktoren) Extremismus definieren. Dabei wird die Komplexität der Skala reduziert.

14 Die Umfrage wurde 1997 bei 2.021 Befragten in den alten und 1.512 Befragten in den neuen Ländern durchgeführt. Zur Methode: Um die Größenordnung zu ermitteln, wurde für jeden Faktor eine aus den einzelnen Items bestehende additive Skala erstellt. Insgesamt setzt sich die Skala aus 28 Items zusammen. Ein Befragter kann einem Item maximal den Wert 7 (= höchste Zustimmung) zuordnen. Somit ergibt sich als höchsten Skalenwert der Gesamtskala, den ein Befragter erzielen kann, 196. Je höher der Wert auf der Skala, desto größer ist insgesamt die Zustimmung bzw. desto stärker ist das extremistische Weltbild. Unerheblich ist zunächst, ob ein Befragter auf der Rechts- oder Linksextremismusskala hohe Werte aufweist, da ein Befragter sowohl mit der Rechts- als auch mit der Linksextremismusskala übereinstimmen kann (was sich in den Daten auch nachweisen lässt). Neben der Extremismusgesamt-Skala sind die Zustimmungsraten zu Skalen wiedergegeben, bei denen die rechts- und die linksextremen Items nicht berechnet wurden. Für diese Skalen beträgt der maximale Wert, den ein Befragter erzielen kann, 161 (= 23 Items). Die Gesamtskala wird daher in 28 Schritten dargestellt, die Einzelskalen in 23er Abständen (z. B: 28 Punkte würde ein Befragter erreichen, wenn er entweder 4 Items den Wert 7 zuweist oder 14 Items den Wert 2).

15 Vgl. Viola Neu: Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, Baden-Baden, 2004, S. 217 ff. Die Tabellenüberschriften im Original sind verkehrt.

zustimmen, ist etwa ebenso niedrig wie die Anzahl derjenigen, die sich im extremen Ablehnungsbereich befinden. Die meisten Befragten ordnen sich im Mittelfeld ein. Üblicherweise werden in der empirischen Rechtsextremismusforschung lediglich die unterschiedlichen Inhalte des Rechtsextremismus abgefragt, während die Elemente, die sich auf Extremismus insgesamt beziehen, nicht in die Skalen integriert werden. Nach den bisherigen Befunden lassen sich extremistische Einstellungen nicht nur auf rechts- oder linksextreme Positionen verengen. Extremistische Einstellungen erscheinen vielmehr als ein Einstellungssyndrom. Dieses setzt sich aus vielen Facetten zusammen, bei denen die jeweiligen inhaltlichen Spezifikationen des Links- oder Rechtsextremismus nur die Spitze des Eisberges bilden. Rechts- oder linksextreme Einstellungen existieren nicht ohne ein Fundament, das aus unterschiedlichen Elementen (wie Verschwörungstheorien, Aktivismus, Wertepessimismus, Entfremdung und Utopismus) besteht.

Wie die Wahlabsichtsfrage verdeutlicht, mündet extremistisches Denken nicht automatisch in der Wahl einer extremistischen Partei. Vielmehr werden die Volksparteien – wenn auch unterdurchschnittlich – von der Mehrheit des Potenzials genannt. Der Anteil der Unentschlossenen, Nichtwähler und Antwortverweigerer, die Wahlabsicht zugunsten der PDS und der REP (wenn auch auf niedrigerem Niveau) ist größer als im Bevölkerungsdurchschnitt. Doch bemerkenswert ist der Anteil der Volksparteien. Dies spricht für die Integrationskraft von Union und SPD und verdeutlicht, dass Einstellungen und Wahlverhalten nicht in einem direkten kausalen Zusammenhang zu sehen sind, aber nicht auszuschließen ist, dass bei einer entsprechenden Mobilisierung große Teile des Potenzials den Volksparteien den Rücken kehren. Das kann bei entsprechender Angebotsstruktur zur Wahl extremer Parteien oder zur Wahlenthaltung bzw. Remobilisierung führen, wie die Wahlerfolge von DVU, NPD und REP belegen. Dass dergleichen auch in dieser Gruppe möglich ist, zeigt sich am Wechselwähleranteil und der geringen Zufriedenheit mit der gewählten Partei. Doch sind diese Wähler nicht politisch randständig, sondern für die Volksparteien ansprechbar.

Sozialstrukturelle Zusammensetzung des Extremismuspotenzials^{*)}				
	Extremismus	Rechtsextremis.	Linksextremis.	Bevölkerungs- durchschnitt
Schicht:				
Arbeiterschicht	69	61	67	36
untere Mittelschicht	5	7	5	8
mittlere Mittelschicht	20	25	21	40
obere Mittelschicht	4	5	5	11
Beruf:				
Arbeiter	47	46	46	30
Angestellte	36	34	37	40
Beamte	1	2	3	7
Selbständig	4	8	4	9
in Ausbildung	2	2	1	2
sonstige	10	7	10	10
Berufstätigkeit:				
Arbeitslos	18	15	19	8
Rentner	29	33	27	26
Arbeiter	12	13	10	13
Angestellte	17	13	18	21
Beamte	1	1	1	4
Selbständig	3	4	4	6
Auszubildende	2	2	1	3
sonstige (u.a. Hausfrauen)	19	20	21	18
Bildungsniveau:				
niedrig	66	68	66	48
mittel	23	23	21	31
hoch	7	7	8	19
Wahlabsicht:				
Union	19	22	21	25
SPD	22	26	24	29
FDP	4	3	2	6
B90/Grüne	9	8	10	12
PDS	9	5	10	3
REP	5	5	4	2
Sonstige	4	4	4	1
Unent./k. A./NW	29	27	26	23

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 9702; fehlende Werte zu 100 % k. A., sonstige Antwortmöglichkeiten

*) Extremismus: Werte 141-196 der additiven Skala; Rechts- Linksextremismus: Werte 116-161 der additiven Skala; proportional (Ost-West) soziogewichtet.

Die Sozialstruktur deutet auf eine soziale Desintegration hin. Auffälligste Merkmale des Potenzials sind die niedrige Bildung, der hohe Arbeiteranteil und die überdurchschnittlich weit verbreitete Arbeitslosigkeit. Dies schlägt sich besonders deutlich in der Selbsteinstufung auf der Schichtskala nieder. Während der Arbeiteranteil der heute Berufstätigen knapp 50 Prozent beträgt, ordnen sich etwa zwei Drittel der Arbeiterschicht zu.

7. Ausblick: Erfolgsaussichten einer Wahlliste von DVU und NPD bei der Bundestagswahl 2006

Die Wahlergebnisse seit der Wiedervereinigung geben keine Hinweise darauf, dass die rechtsextremen Parteien bei einer „Bündelung“ ihrer Kräfte bessere Ergebnisse erzielen. Selbst wenn, was ausgesprochen selten der Fall ist, alle rechtsextremen Parteien kandidierten, wäre es ihnen rechnerisch auch gemeinsam nicht gelungen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen.¹⁶ Somit ist nicht etwa die Aufspaltung in drei voneinander unabhängige rechtsextreme Parteien Ursache der Erfolglosigkeit.

Die Vorsitzenden der NPD und der DVU haben sich nach Presseberichten¹⁷ darauf geeinigt bei der Bundestags- und Europawahl, jeweils mit Kandidaten der anderen Partei anzutreten. Wenn sich die Parteien darauf einigen, ihre jeweiligen Listen für Kandidaten der anderen Partei zu öffnen, ist dies aus der Perspektive des Wahlrechts möglich und wird auch praktiziert. So kandidieren bspw. auf den PDS-Listen regelmäßig Mitglieder anderer Parteien. Doch ist es fraglich, ob sich daraus eine mobilisierende Wirkung ergeben kann, die über das eigene Wählerpotenzial hinausreicht. Bislang ist offen, ob eine gemeinsame Liste von NPD und DVU nicht doch an inhaltlichen und organisatorischen Fragen scheitern wird.¹⁸ Beide Parteien werden sich programmatisch einigen müssen. Sie müssen darüber hinaus klären wer für welche Aufgaben im Wahlkampf zuständig ist und wer welche Kosten trägt. Auch wenn der DVU-Vorsitzende Frey als Multimillionär gilt, hat er sich bei kostenintensiven Bundestagswahlen bislang zurückgehalten. Ob ihm genügend Mittel zur Verfügung stehen ist unklar. Von der staatlichen Parteienfinanzierung erhielt die DVU in 2003 230.923 € und die NPD 334.291 €¹⁹ Die NPD dürfte zwar für 2004 einen größeren Anteil erhalten, doch sind die Kriegskassen damit längst nicht gefüllt.

16 Bereits in den 1980er Jahren gab es zwischen NPD und DVU ein Kooperationskonzept, wonach man abwechselnd bei Wahlen antreten und sich gegenseitig unterstützen wollte. Die NPD stellte die Aktivisten, die DVU die finanziellen Mittel sowie das Wahlkampfmaterial. 1990 wurde die Zusammenarbeit beendet.

17 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Oktober 2004 „NPD und DVU treten 2006 gemeinsam an“

18 Spiegel-Online, 13. Oktober 2004 „Gemeinsame Liste könnte an Eitelkeiten scheitern“, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,322912,00.htm>.

19 http://www.bundestag.de/bic/finanz/festsetzung_staatl_mittel.html, vom 1. November 2004

In den Detailabstimmungen zwischen beiden Parteien dürfte einige Sprengkraft liegen. Denn der Unterschied zu den Einzelkandidaten, die z.B. auf den Listen der PDS aufgestellt werden, liegt darin, dass deren jeweilige „Mutterparteien“ keinen Einfluss auf die PDS ausüben. Die PDS versucht über die Persönlichkeiten ihr fern stehende Wählerschichten zu erschließen. Die Kandidaten der DVU und der NPD werden nach allem was man bisher gesehen hat, nicht die Potenz einer Strahlkraft in andere Wählerschichten entfalten können. Damit wären beide Parteien weiterhin auf ihr Kernsubstrat reduziert.

Würden die Parteien eine Listenverbindung planen, so sind die gesetzlichen Hürden hoch. Nicht möglich ist es Absprachen über eine Vereinigung von Landeslisten verschiedener Parteien zu treffen, um gemeinsam die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Dies ist nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1956 nicht zulässig. Die Bundestagswahl 1990 bildete eine Ausnahme, um damit die Erfolgchancen von Gruppierungen aus den neuen Ländern zu erhöhen. Dies bedeutet, dass sich NPD und DVU zu einer neuen Partei zusammenschließen müssten, was als recht unwahrscheinlich einzustufen ist.

Wie dargestellt können die Parteien nicht auf ein vorhandenes rechtsextremes Einstellungs- und somit Wählerpotenzial zurückgreifen. Sie sind organisatorisch schwach. Die NPD verfügt zwar über einen organisatorischen Aufbau, die DVU besteht allerdings nur auf dem Papier als Partei. Die REP werden sich wahrscheinlich auch in Zukunft nicht zu gemeinsamen Aktivitäten mit der DVU oder der NPD hinreißen lassen.²⁰ Das Wählerbündnis, das in Dresden gebildet wurde, führte bei den REP zu einem Antrag auf Parteiausschluss der Beteiligten. Allen Parteien gemeinsam ist, dass ihre Mitgliedschaft konstant gesunken ist. Somit sind auch nach den Wahlerfolgen der DVU in Brandenburg und der NPD in Sachsen die Aussichten für die Bundestagswahl 2006 als eher mäßig zu beurteilen. Bislang hat sich bei Bundestagswahlen nur in geringem Ausmaß Protestwahlverhalten gezeigt, das üblicherweise bei Wahlen auftritt, die von den Wählern als zweitrangig eingestuft werden (Europa- und Landtagswahlen).

20 Hamburger Morgenpost-online, 1. November 2004, „Republikaner lehnen Bündnis mit NPD und DVU ab“, http://www.mopo.de/nachrichten/142_politik_dpa_142442.html

Die Autorin

Dr. Viola Neu ist Koordinatorin für Wahl- und Parteienforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.